

# Soli aktuell



## So wollen wir leben

**Von der Gewerkschaft in die Gesellschaft und zurück: Die DGB-Jugend wird 2010 eine Debatte über die Zukunft der jungen Generation anschieben. Von René Rudolf**

**P**rekarität ist nicht normal – sie sollte es nicht sein. Besonders im Berufseinstieg: Junge Leute drehen endlose Praktikums- und Maßnahmenschleifen. Und wenn sie eine Ausbildung absolvieren, werden sie hinterher nicht übernommen.

1,5 Millionen junge Leute sind ohne Berufsabschluss. Fast eine Million ist arbeitslos gemeldet. Unzählige Abiturient/-innen – derzeit 77 Prozent eines Jahrgangs – nehmen kein Studium auf. Weil ihnen die Ausbildung an der Hochschule zu riskant ist und sie ein Studium schlechtweg nicht finanzieren können.

**In der Gewerkschaftsjugend** wird derzeit diskutiert, welche Lösungsmöglichkeiten sich angesichts der desolaten Lage bieten.

Nicht zuletzt die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die ohnehin brisante Situation der jungen Generation noch verschärft. Und das, obwohl scheinbar ein flächendeckender Fachkräftemangel droht und die

Überalterung der Gesellschaft als Schreckgespenst allgegenwärtig ist.

So geht's nicht weiter, das ist großer Konsens innerhalb der Gewerkschaftsjugend, in Jugendverbänden, Studierendengruppen, Schülervvertretungen und Jugendorganisationen. Im vergangenen Jahr hat es zum Thema junge Generation einen ersten Runden Tisch der DGB-Jugend gegeben. In den Debatten konnten wichtige Erkenntnisse und unterschiedliche Perspektiven gewonnen werden. Zentrales Ergebnis: Prekarität zieht sich längst als feste Konstante durch alle Lebens- und Bildungsbereiche.

Deswegen will die DGB-Jugend nicht mehr nur einzelne Milieus betrachten, sondern die junge Generation als Ganzes: Welche Sorgen und welche Nöte plagen sie?

Jugend will Veränderungen. Unser Ziel ist es, eine neue soziale Debatte innerhalb der jungen Generation zu initiieren und die Bewegung der Jugend zu unterstützen und voranzubringen.

Prekarität ist keine Perspektive – deshalb hat die Gewerkschaftsjugend im Februar dieses Jahres ihre Planungen für das Jahr 2010 konkretisiert. Wir wollen die Anliegen und Probleme der Jugendlichen in öffentlich machen und die Frage: »Wie wollen wir leben?« gemeinsam mit den Jugendlichen diskutieren.

**INHALT**

- 3 thema**  
Petition: Verbände für Abschaffung der Wehrpflicht
- 4 ausbildung + beruf**  
Ungleichheit: BIBB bestätigt DGB-Jugend  
Angezählt: Die Datenlage  
Fair und gut: Zur Hartz IV-Debatte
- 5 projekte**  
Krisengespräche: Aus dem DGB-Bundesjugendausschuss  
Plus und Minus: Mitgliederzahlen  
DGB-Strukturreform: Frau und Jung dabei  
DGB-Jugend für Azubinen
- 6 azubi-ratgeberin**  
Was geht? Verhalten am Ausbildungsplatz
- 7 bezirke + gewerkschaften**  
DGB-Jugend Hessen:  
Antifaschistische Stadtführungen

Wir wollen eine breite öffentliche Debatte über die Perspektiven der Jugend und die Zukunft unserer Gesellschaft führen. Alle, die sich daran beteiligen wollen, sind herzlich eingeladen.

**Über konkrete Schritte** und wie die Medien eingesetzt werden können, die dazu nötig sind, um eine breite gesellschaftliche Diskussion anzuzetteln, darüber wird in den nächsten Monaten in den Jugendbereichen der Gewerkschaften und des DGB beraten.

So sollen – von der Gewerkschaft in die Gesellschaft – die bisherigen gewerkschaftlichen Vorstellungen wie etwa unbefristete Übernahme nach der Ausbildung, Abschaffung von Bildungsgebühren, Einführung gesetzlicher Regelungen bei Praktika – in die Diskussion eingebracht werden. Und im Gegenzug – von der Gesellschaft in die Gewerkschaft – neue Erkenntnisse und Forderungen gewonnen werden.

Unser Ziel ist es, die berechtigten Anliegen und das gesellschaftliche Engagement der Jugend aktiv zu unterstützen. **S**

René Rudolf ist DGB-Bundesjugendsekretär.



### LESERUMFRAGE

#### Das dicke Ding

Liebe Leserin, lieber Leser, dieser Ausgabe der *Soli aktuell* liegt ein Fragebogen bei – denn die DGB-Jugend will ihren Newsletter noch verbessern. Wir möchten von euch wissen: Was ist schon gut, was kann und sollte besser werden? Müssen manche Inhalte stärker berücksichtigt werden? Lest ihr online oder Print?

Wir haben einen kurzen Fragebogen konzi-

piert, dessen Beantwortung nicht länger als fünf Minuten in Anspruch nehmen wird. Jede positive und negative Anregung von Euch hilft uns.

So, und jetzt kommt's ganz dick: Als Dankeschön fürs Mitmachen verlosen wir unter allen Teilnehmer/-innen eine Reise zur antirassistischen Fußball-Weltmeisterschaft »Mondiali Antirazisti« vom 7. bis 11. Juli 2010 in Bologna – Anreise, Übernachtung und Eintrittskarten zur WM inklusive. Viel Spaß beim Ausfüllen! **S**

Redaktion *Soli aktuell*



## Bildungsarmut

**Finanzkrise weltweit** ■ Der jüngste UNESCO-Bericht »2010 – Bildung für alle: Die Benachteiligten erreichen« warnt vor den Folgen der Finanzkrise für die Kinder in armen Ländern. Neben einer Lösung für strukturelle Probleme seien 16 Mrd. US-Dollar pro Jahr und 10,3 Mio. Lehrkräfte für die 46 ärmsten Länder nötig, um das Ziel, jedem Kind eine Grundbildung zu ermöglichen, bis 2015 umzusetzen. Zurzeit stehen 2,7 Mrd. US-Dollar zur Verfügung.

[www.unesco.de/uao2-2010.html?@L=0](http://www.unesco.de/uao2-2010.html?@L=0)

## Grundsatzurteil

**Datenspeicherung gestoppt** ■ Das Bundesverfassungsgericht hat im März 2010 in einem Grundsatzurteil zur Vorratsdatenspeicherung eine Löschung der bisher gespeicherten Telefon- und Internetdaten angeordnet. Die Massenspeicherung dieser Daten etwa zur Strafverfolgung sei in seiner jetzigen Form nicht mit dem Grundgesetz unvereinbar. Die DGB-Jugend hatte die Vorratsdatenspeicherung kritisiert.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Ingrid Sehrbrock**, für den Bereich Jugend zuständig, hat das Urteil begrüßt. Die Überlegungen des Gerichts sollte die Bundesregierung bei der angekündigten Überarbeitung des elektronischen Entgeltnachweises ELENA, mit dem global Arbeitnehmerdaten erfasst werden sollen, unbedingt berücksichtigen.



I. Sehrbrock

## Reform, bitte

**Undemokratisches Bauhandwerk** ■ Die IG BAU fordert, künftig die Arbeitnehmerseite zu 50% an der Selbstverwaltung des Handwerks zu beteiligen. Die einseitige Privilegierung der selbstständigen Meister/-innen mit zwei Dritteln der Vollversammlungssitze in Handwerkskammern sei nicht mehr zeitgemäß und benachteilige die Arbeitnehmerseite in ihren demokratischen Rechten.

[www.igbau.de](http://www.igbau.de)

## Hamburger Modell

**Neue Jugendstrategie** ■ Der Senat der Stadt Hamburg hat im Februar 2010 ein Konzept vorgelegt, das darauf zielt, »Jugendliche für die europäische Idee zu motivieren, ihr Wissen und ihre Kompetenz in Sachen Europa zu stärken und ihnen die Partizipation in europäischen Angelegenheiten zu erleichtern«.

Dies sieht auch Möglichkeiten der direkten Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungen vor.

[www.jugendpolitikineuropa.de/europazusammen/news-612.html](http://www.jugendpolitikineuropa.de/europazusammen/news-612.html)

## Sozial gerecht

**GEW: Mehr BAföG** ■ Die Bildungsgewerkschaft GEW hat sich im Februar 2010 für eine stärkere Anhebung der BAföG-Sätze ausgesprochen und die Bundesregierung aufgefordert, den vorliegenden Gesetzentwurf für ein »nationales Stipendienprogramm« zurückzuziehen.

Für die Verbesserung des BAföG, auf das grundsätzlich alle Studierenden einen Rechtsanspruch haben, plant die Bundesregierung 350 Mio. Euro ein.

Für die neuen Stipendien, von denen nur eine kleine studentische Elite profitiert, will sie 600 Mio. Euro jährlich mobilisieren. »Davon die Hälfte aus den Haushalten des Bundes und der Länder. Da stimmt das Verhältnis nicht«, sagt GEW-Vorstand **Andreas Keller**.

[www.gew.de](http://www.gew.de)

## Viele dafür

**Mindestlohn** ■ 70% der Bevölkerung sprechen sich für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Am höchsten ist die Zustimmung unter Niedriglohnverdiener/-innen und Arbeitslosen, die sich von einer Lohnuntergrenze eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse versprechen. Selbst unter Besserverdienenden und Selbstständigen sind die Befürworter/-innen aber in der Mehrheit.

[www.boeckler.de/32015\\_102364.html](http://www.boeckler.de/32015_102364.html)

## Prüfstelle rät

**Selber prüfen** ■ Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien sieht keine Möglichkeit zum Verbot der so genannten Schulhof-CD der NPD. Die CD dürfe weiterhin Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht werden. Die Bundesprüfstelle könne nichts »allein wegen des politischen Inhalts« indizieren. Das Landeskriminalamt Niedersachsen hatte einen Verbotsantrag gestellt.

Die Prüfstelle regte an, dass die Schulen ein Verteilen solcher CDs auf dem Schulhof in Eigenregie unterbinden. Dafür sei kein Verbot durch die Bundesprüfstelle erforderlich.

[www.bundespruefstelle.de](http://www.bundespruefstelle.de)

## Mehr Anstand!

**BIAJ fordert** ■ Kein Lohnabstandsgebot, sondern ein Lohnanstandsgebot fordert das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ). Eine »Lohnanstandshöhe« sei in das Sozialgesetzbuch zur Präzisierung der »zumutbaren Arbeit« aufzunehmen. Arbeiten mit einem erzielbaren Arbeitsentgelt unter der Lohnanstandshöhe, die auf 7,60 Euro beziffert wird, gelten dann als nicht zumutbar.

Infos: E-Mail: [institut-arbeit-jugend@t-online.de](mailto:institut-arbeit-jugend@t-online.de)

## Auf Integrationskurs



K.-J. Laumann

**NRW: Mehr Ausbildung** ■

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will erreichen, dass mehr türkische Jugendliche eine Ausbildung machen. Arbeitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU)

hat dazu mit den türkischen Generalkonsulaten einen entsprechenden Aktionsplan verabredet.

Die Zahl ausländischer Jugendlicher, die in NRW eine Ausbildung machen, geht zurück: Während im Jahr 1994 noch 42% von ihnen eine Berufsausbildung absolvierten, liegt der Anteil jetzt bei nur noch 25%.

## Verbandsstrategie

**Gegen Diskriminierung** ■ Mehrere Verbände, darunter auch der DGB, haben sich zum »Bündnis gegen Diskriminierung« zusammengeschlossen. Ziel des Bündnisses ist die Stärkung der Antidiskriminierungskultur in Deutschland.

[www.dgb.de](http://www.dgb.de), [www.antidiskriminierung.org](http://www.antidiskriminierung.org)

## Nicht mit uns!

**Pleite in Sachsen** ■ Es ist Finanzkrise und der Freistaat Sachsen muss trotz eines beschlossenen Doppelhaushalts sparen. So auch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz – 25 Mio. Euro allein für 2010.

Betroffen sind über die Jugendpauschale die Kommunen und Landkreise, die überörtlich tätigen Jugendverbände und -vereine, die Träger von Freiwilligendiensten und alle noch einmal über die Kürzung der Förderung des Ehrenamts.

DGB-Bezirksjugendsekretär **André Schnabel**: »Das hat auch auf die DGB-Jugend Auswirkungen: Pro Jugendbildungsreferent gibt es 10% weniger. Und die Bildungsmittel werden von 40.000 Euro auf Null gefahren.«

Unterstützung ist gefragt. Die Protest-Homepage des Kinder- und Jugendrings Sachsen: [www.kjrs-online.de](http://www.kjrs-online.de)

## Personalien

**Kerstin Pätzold**, 34, ist neue Gewerkschaftssekretärin mit jugendpolitischen Aufgaben bei der DGB-Jugend Niedersachsen.



K. Pätzold



N. Schlichting

**Nina Schlichting**, 21, arbeitet seit März 2010 im Sekretariat des Bereichs Jugend beim DGB-Bundesvorstand. Sie ist Auszubildende und – na klar – in der Jugend- und Auszubildendenvertretung des DGB.

# Eine Petition für die Jugend

**Zivildienst, die zweite: Nachdem die DGB-Jugend ihre Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht bekräftigt hat, ruft sie nun gemeinsam mit anderen Verbänden dazu auf, die Bundestagspetition von Marco Penz zu unterstützen.**

**W**ehrpflicht aussetzen, Freiwilligendienste fördern« – die Forderung des 20-jährigen Jura-Studenten Marco Penz ist denkbar kurz und knackig. Eine entsprechende Petition hat der ehemalige Zivildienstleistende an den Bundestag gerichtet.

Jetzt unterstützt ihn die DGB-Jugend in seinem Anliegen. Und nicht nur die: Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz am 23. Februar 2010 in Berlin waren auch der Deutsche Bundesjugendring (DBJR), die JungsozialistInnen in der SPD, Pax Christi und die Zentralstelle KDV am Start.

**Worum geht's?** In seiner Petition untersucht Penz ausführlich juristische, ökonomische und gesellschaftspolitische Gründe, die für die Abschaffung der Wehrpflicht sprechen. Er verweist dabei auf zahlreiche Forschungsergebnisse und stellt die Positionen der Parteien, der Kirchen, der Gewerkschaften und der Wohlfahrtsverbände dar.

Außerdem geht er auf die sicherheitspolitische Lage ein, mit der die Wehrpflicht bisher legitimiert wurde. Im internationalen Vergleich zeige sich, so Penz, dass 23 von 28 Nato-Staaten »die Wehrpflicht ausgesetzt haben oder sie aussetzen werden«.

Auf 147 Seiten legt Marco Penz in der Petition die Argumente dar, die zu seiner Forderung auf Abschaffung der Wehrpflicht führen. Als Alternative beschreibt er die Förderung von Freiwilligendiensten. »Freiwilligendienste müssen attraktiv gestaltet werden«, erklärt der Petent und fordert: »Jugendliche, die sich für einen Freiwilligendienst entschieden haben, sollten keine Nachteile davontragen.«

**Seit nunmehr über 50 Jahren** hält die Bundesrepublik Deutschland an der Wehrpflicht fest, als sei sie eine Selbstverständlichkeit. Verfassungsrechtlich geschützte Freiheitsrechte werden zugunsten der Wehrpflicht eingeschränkt. Dies führt mitunter zu desolaten Verhältnissen bei der



Bündnis gegen Wehrpflicht (v. l.): F. Drohsel, D. Neumann, M. Penz, S. Philipp, F. Haggenmiller, C. Hoffmann

Arbeitsplatzsuche. Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen die Wehrpflicht Arbeitsplatzperspektiven zunichte macht.

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP sieht schon eine Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate vor. Auch für den Zivildienst sollen entsprechende Änderungen gelten. Machen die Dienste überhaupt noch Sinn?

**»Der Wehrdienst**, ob mit oder ohne Waffe, schränkt die Grundrechte auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung junger Männer erheblich ein«, sagt Florian Haggenmiller, bei der DGB-Jugend zuständig für Bundeswehr- und Zivildienstfragen (siehe auch Soli 1-2010).

60.000 junge Männer leisten momentan ihren Wehrdienst als Pflichtdienst ab, 80.000 Jugendliche Zivildienst. Während die Bundeswehr nur jeden zweiten Wehrpflichtigen einberuft, muss nahezu jeder, der den Dienst an der Waffe verweigert, Zivildienst leisten.

Die DGB-Jugend setzt sich daher für die Abschaffung der Wehrpflicht und anderer Zwangsdienste ein: »Wir fordern für den Sozialbereich sozialversicherungspflichtige, tarifvertraglich geregelte Arbeitsplätze und Freiwilligendienste«, so Haggenmiller, und: »Zwangsdienste jeder Art sind abzuschaffen.«

**Eine Haltung**, die auch andere Jugendzusammenschlüsse vertreten. »Nach unserer Überzeugung ist die Wehrpflicht nicht mehr notwendig und auch nicht mehr zeit-

gemäß, damit die Streitkräfte ihre Aufgaben erfüllen können«, sagt Dirk Neumann, DGB-Jugend-Referent und zugleich stellvertretender Vorsitzender des DBJR, in dem fünf Millionen junge Menschen organisiert sind.

Franziska Drohsel, Bundesvorsitzende der JungsozialistInnen in der SPD, bezeichnet die Wehrpflicht als »ein Relikt aus vergangenen Tagen«: »Wir sehen in dem staatlichen Zwang einen völlig ungerechtfertigten Eingriff in die individuellen menschlichen Freiheitsrechte.«

Auch Christine Hoffmann, Generalsekretärin von Pax Christi, schließt sich dieser Sichtweise an. Stelle doch die faktische Wahlfreiheit zwischen Grundwehrdienst und Zivildienst oder anderen Freiwilligendiensten die Gesellschaft vor neue Herausforderungen. »Der Dienst an der Waffe hat andere ethisch-moralische Implikationen als die Pflegeunterstützung im Altersheim oder ein freiwilliges ökologisches Jahr. Das darf nicht nivelliert werden«, sagte Hoffmann.

Und Stefan Philipp von der Zentralstelle Kriegsdienstverweigerung betont: »Die Wehrpflicht steht im Widerspruch zum Grundgesetz und ist als Ausnahme von den Freiheitsgarantien der Verfassung nur dann zulässig, wenn es die sicherheitspolitische Lage zwingend erfordert. Das ist spätestens heute nicht mehr der Fall.«

Fazit der Kooperation: Die Abschaffung der Wehrpflicht ist der beste Gewissenschutz für Kriegsdienstverweigerer. S

Marco Penz' Petition gibt es auf [www.zentralstelle-kdv.de/petition.php](http://www.zentralstelle-kdv.de/petition.php)

# Ungleichheit in der Ausbildung

**Neue BIBB-Zahlen bestätigen den Ausbildungsreport der DGB-Jugend. Nur wenige Berufe dominieren, Männer und Frauen lernen unterschiedlich – vor allem finanziell.**

**E**s gibt derzeit 349 duale Ausbildungsberufe – von A wie Änderungsschneider/-in bis Z wie Zweiradmechaniker/-in.

Klingt erstmal ganz flott. Aber wenn man genau hinschaut, konzentrieren sich seit Jahren die Ausbildungsverhältnisse auf nur ganz wenige Berufe. Und dieser Trend hat sich auch 2009 weiter fortgesetzt: Drei Viertel aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (insgesamt 566.004) entfal-

len auf 44 Berufe, was einem Anteil von gerade mal zwölf Prozent des gesamten Spektrums entspricht. Dies ergibt eine aktuelle Analyse des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB).

**Betrachtet man** die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bei jungen Männern, zeigt sich ein ähnliches Bild: 25 Prozent aller Abschlüsse entfallen auf sieben Berufe, drei Viertel auf 42 Berufe. Männliche Auszubildende wählen gern die gewerblichen Berufe des Handwerks: Rund zwei Drittel aller Neuabschlüsse entfallen bei ihnen auf so genannte Fertigungsberufe, ein Drittel auf Dienstleistungsberufe. Spitzenreiter ist der Kfz-Mechatroniker (mit 17.597 Neuabschlüssen), gefolgt vom Einzelhandelskaufmann (13.524), dem Industriemechaniker (13.136) und dem Koch (11.724).

Bemerkenswert ist, dass in den »Top 25« bei den männlichen Auszubildenden 13 Berufe zu finden sind, die zu mehr als 90 Prozent nur von jungen Männern besetzt werden – und zwölf davon stammen aus dem Fertigungsbereich.

**Bei weiblichen Auszubildenden** dominiert der Dienstleistungssektor. Ein Viertel aller neuen Ausbildungsverträge entfällt auf nur vier Berufe, drei Viertel auf lediglich 23 Berufe. Spitzenreiterin ist die Einzelhandelskauffrau (mit 17.733 Neuabschlüssen), gefolgt von der Verkäuferin (16.989), der Bürokauffrau (15.345) und der Medizinischen Fachangestellten (14.121). 95 Prozent aller

Neuabschlüsse innerhalb der »Top 25«-Berufe bei jungen Frauen betreffen Dienstleistungsberufe.

Das bedeutet: Unter den 25 von weiblichen Auszubildenden am stärksten besetzten Berufen sind allein 21 Dienstleistungsberufe. Lediglich ein Beruf taucht in der Hitliste der jungen Frauen auf, der stärker technische Ausbildungsinhalte aufweist: die Mediengestalterin Digital und Print – auf dem 21. Platz.

**Die DGB-Jugend** weist seit Jahren auf die Einkommensungleichheit zwischen weiblichen und männlichen Azubis hin: Junge Frauen verdienen in ihrer Ausbildung durchschnittlich bis zu 100 Euro – 22 Prozent – weniger im Monat, das hat der Ausbildungsreport 2009 der DGB-Jugend ergeben. Sie tritt dafür ein, das Berufswahlspektrum von jungen Frauen zu erweitern und sie für Berufe zu interessieren, in denen die Perspektiven günstiger sind. Gleichzeitig fordert sie die umfassende Aufwertung sogenannter typischer Frauenberufe, um der dort geleisteten Arbeit gerecht zu werden und die Attraktivität dieser Berufe insgesamt zu erhöhen. [S](#)

Die neuen Zahlen zur Verteilung der Ausbildungsplätze gibt es hier: [www.bibb.de/de/54377.htm](http://www.bibb.de/de/54377.htm)

## ANGEZÄHLT

### Die Datenlage

**11,5** Millionen Deutsche leben unter der Armutsgrenze – rund ein Drittel mehr als vor zehn Jahren. Vor allem junge Leute und Familien sind betroffen.

**14** Prozent der Gesamtbevölkerung gelten damit als arm.

**30:** Um soviel Prozent ist die Zahl der als arm geltenden Menschen in den letzten zehn Jahren gestiegen. [S](#)

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, [www.diw.de](http://www.diw.de)

## Fair und gut bezahlt

**DGB-Jugend und Hartz IV-Debatte: Mindestlohn statt Arbeitszwang.**

**R**emmidemmi um Hartz IV – das Bundesverfassungsgericht hat ein wichtiges Urteil gefällt: Die Regelsätze müssen überprüft werden.

Im Februar 2010 hat der DGB-Bundesjugendausschuss das Urteil für Kinder und Jugendliche als richtungweisend begrüßt: »2,7 Millionen junge Menschen unter 25 Jahren müssen von Hartz IV leben. Das heißt für viele: Entbehren, Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben und kaum Möglichkeiten der individuellen Entwicklung«, sagt Bundesjugendsekretär René Rudolf.

Diese Menschen bräuchten faire Chancen und anständig bezahlte Arbeit. »Statt

täglich neue Beschäftigungsideen für Arbeitslose auszubrüten, sollte sich FDP-Chef Guido Westerwelle lieber für Mindestlöhne stark machen«, so Rudolf mit Blick auf aktuelle Debatten. Mindestlöhne entlasteten den Sozialstaat, denn die müssten nicht mehr vom Amt aufge bessert werden.

Unabhängig davon fordert die DGB-Jugend, dass nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung alle Jugendlichen auch in ein unbefristetes Vollzeitbeschäftigungsverhältnis übernommen werden. »Wir brauchen endlich ein Grundrecht auf Ausbildung und auf Beschäftigung«, fordert Rudolf. [S](#)

## HARTZ IV: OH SCHRECK

### Minister betroffen?

*Na, da hat der DGB-Bundesjugendausschuss ja voll den richtigen Riecher gehabt: Mindestlohn statt Aufstockertum!*

*Wenige Tage nach der BJA-Erklärung zu Hartz IV ergab eine Anfrage im Bundestag, dass jeder zehnte Erwerbstätige, der wegen seines geringen Arbeitseinkommens zusätzliche Hartz-IV-Leistungen bezieht, im öffentlichen Dienst oder in einem Unternehmen im öffentlichen Sektor beschäftigt ist. Es sind sage und schreibe 131.722 Personen, die als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte noch Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende beziehen. Tätig sind sie in der öffentlichen Verwaltung, im Bildungs- und Sozialwesen sowie in der Versorgungswirtschaft.*

*Na, »öffentliche Verwaltung«: Ob FDP-Chef Guido Westerwelle deswegen andauernd nach neuen Betätigungsfeldern für Hartz IV-Bezieher/-innen sucht? Der verdient nämlich sein Geld als Bundesaußenminister. Da ist es gut möglich, dass das auch schon so ein Aufstockerjob beim öffentlichen Dienst ist. Wo es doch heutzutage auch hochqualifizierte Fachkräfte treffen kann... [S](#)*

# Krisengespräche

**Der DGB-Bundesjugendausschuss analysiert die Ausbildungsplatzsituation und die Diskussion um den Jugendarbeitsschutz. Von Florian Haggemiller**

**D**er DGB-Bundesjugendausschuss (BJA) hat sich in seiner Sitzung am 18. und 19. Februar 2010 mit der Ausbildungsplatzsituation in der Wirtschaftskrise auseinandergesetzt. Im Fokus standen die Fragen: Hat sich die Ausbildungsplatzsituation verschlechtert? Und welche Erfahrungen machen die Kolleg/-innen in den Bezirken und Gewerkschaften?

## PROJEKTNACHRICHTEN

### Strukturreform/Aktion

#### Frau und Jung

DGB-Strukturreform: Eigentlich sahen die Entwürfe für die neue DGB-Satzung so aus, dass das derzeit noch bestehende Stimmrecht der DGB-Frauen und der DGB-Jugend in den Bezirksvorständen umgewandelt wird – die beiden Gruppen hätten dann nur noch eine beratende Stimme gehabt.

Der jetzt vom DGB-Bundesvorstand einstimmig beschlossene Satzungsantrag an den Bundeskongress sieht aber wieder ein Stimmrecht vor. Dort heißt es: »Die Bezirksvorstände bestehen aus der bzw. dem Bezirksvorsitzenden, der bzw. dem stellvertretenden Bezirksvorsitzenden, je einer Bezirksleiterin bzw. einem Bezirksleiter der im Bezirk vertretenen Gewerkschaften und einer Vertreterin des Bezirksfrauenausschusses sowie einem/r Vertreter/in des Bezirksjugendausschusses.«

#### Chancen für Frauen

Eine DGB-Jugend-Aktion: Derzeit laufen konkrete Vorbereitungen zur Neuordnung der Büroberufe, in denen hauptsächlich junge Frauen tätig sind. Die Arbeitgeberseite will das nutzen, um auch in diesem Bereich zweijährige Ausbildungen einzuführen.

Dies muss verhindert werden: Denn Kurzausbildungen führen in eine berufliche Sackgasse und erhöhen das Risiko von Arbeitslosigkeit. Die DGB-Jugend fordert deshalb die Bundesregierung auf, die Benachteiligung von Frauen durch Schmalspurausbildung zu verhindern!

Dazu werden derzeit Unterschriften gesammelt – die Veröffentlichung eines ersten Zwischenstandes soll schon zum »Equal Pay Day« am 26. März 2010 erfolgen. [S](#)

Infos: DGB-Jugend, Tel.: 030 / 240 60 371, [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

Ein Rückgang der Ausbildungsplätze ist in nahezu allen Organisationsbereichen der Gewerkschaften zu erkennen. Von unrealistischen Übernahmekriterien und Rückgang der Ausbildungsplätze muss die DGB-Jugend NRW berichten. Baden-Württemberg meldet, dass Leute mit Einstiegsqualifizierungsmaßnahmen zunehmend reguläre Arbeitskräfte ersetzen. In Bayern gibt es spürbar weniger Studierende – die Abiturient/-innen verdrängen jedoch immer mehr junge Leute mit niedrigeren Schulabschlüssen aus der dualen Ausbildung. Die junge NGG vermerkt einen Trend hin zu zweijährigen Ausbildungen. Übernahme? Fehlanzeige.

**Die Liste ließe sich beliebig verlängern, allen Punkten gemein ist jedoch:** Das immer wiederkehrende Wort von der »mangelnden Ausbildungsfähigkeit« junger Menschen wird von Unternehmen und Politik auf allen Ebenen als Begründung genutzt, weniger auszubilden. Dafür steht die Ausbildungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit jedes Jahr geschönter da.

Die DGB-Jugend wird sich weiter ins Thema vertiefen und die Kampagne »Ausbildung für alle« wiederbeleben. Außerdem wird an einer eigenen, alternativen Ausbildungsplatzstatistik gearbeitet.

Das zweite große BJA-Thema hieß: Jugendarbeitsschutzgesetz bleibt! Es ist erklärtes Ziel der schwarz-gelben Bundesre-

gierung, den Jugendarbeitsschutz entscheidend zu verschlechtern. Die BJA-Delegierten haben dazu gesagt: Die DGB-Jugend bekennt sich zu einem wirkungsvollen Jugendarbeitsschutz und lehnt alle Vorschläge zu seiner Einschränkung ab.

**Alle politischen Akteur/-innen** sind dazu aufgefordert, gemeinsam zu verhindern, dass z.B.:

- das Züchtigungsverbot aus dem Gesetz gestrichen wird
- die Ruhepausen gekürzt werden
- die Nachruhe durch längere oder früher beginnende Arbeitszeiten eingeschränkt wird
- Samstags- und Sonntagsarbeit ausgeweitet wird.

Nicht zu fassen, dass man das noch sagen muss. Dieses Gesetz ist wichtig. Und es sollte nicht verschlechtert, sondern verbessert werden.

Fazit im BJA: Wir lassen unsere jungen Gewerkschaftsmitglieder nicht im Regen stehen – oder besser hinterm Tresen, um bis in die Puppen Bier auszuschenken.

Ein schöner Geburtstagsgruß – am 20. Mai 2010 hat das Jugendarbeitsschutzgesetz Geburtstag – hoffentlich nicht zum letzten Mal. [S](#)

Florian Haggemiller ist politischer Referent der DGB-Jugend.



## ORGANISATION

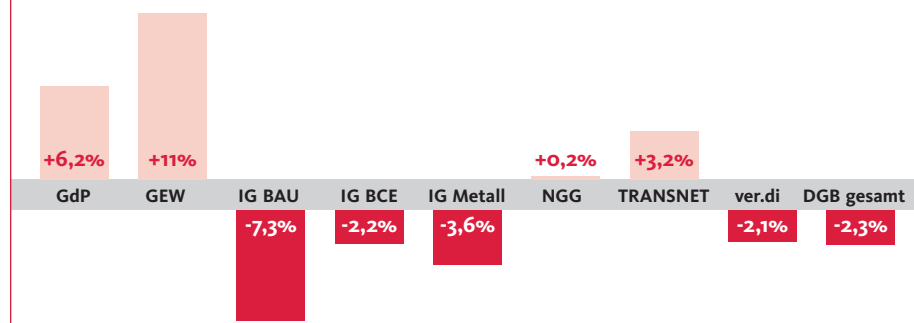
### Mitgliederzahlen

Weniger Austritte als sonst, Zugewinne in einigen Bereichen – die Bilanz der Gewerkschaftsjugend in Sachen Mitgliederentwicklung war im Jahr 2009 durchwachsen: Neben der IG BAU (-7,3%) haben auch IG BCE (-2,2%), IG Metall (-3,6%) und ver.di (-2,1%) im Jugendbereich bei der Gesamtzahl ein paar Federn lassen müssen, auch wenn manche »Unternehmensteile« im

Plus lagen (z.B. ver.di Jugend bei den Auszubildenden). Hinzugewonnen haben hingegen die GdP (+6,2%), die GEW (+11%), die NGG (+0,2%) und die Transnet (+3,2%).

Macht aber leider zusammen ein Minus von 2,3%. Insgesamt gab es am 31. Dezember 2009 473.219 Gewerkschaftsmitglieder unter 27 Jahren, das ist ein Anteil von 7,6% an der DGB-Gesamtzahl. Der hatte Ende 2009 insgesamt 6.264.923 Mitglieder. [S](#)

### Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften 2009 bis einschließlich 27 Jahre



# Was darf man, was nicht?

**Dos und Don'ts: Wie man sich am Ausbildungsplatz zu verhalten hat – und was man am besten überhaupt nicht tun sollte.**

**B**rötchen essen während der Arbeitszeit, gefundene Getränkebons einlösen...

In der letzten Zeit hat es einige Gerichtsurteile dazu gegeben, was man am Arbeitsplatz darf bzw. nicht darf. Das ist natürlich auch für Azubis relevant. Wenn es zu Abmahnungen und Kündigungen von Auszubildenden kommt, sind die Hintergründe nicht immer klar: Was war erlaubt und was nicht? Durfte man am Firmentelefon Privatgespräche führen...?

Für Auszubildende ist es sehr wichtig zu wissen, was sie dürfen und was nicht: Sie sollten sich an die Vorgaben halten. Spätestens, wenn das Betriebsklima angespannt ist. Andernfalls kann ein Verhalten, das länger ungestraft blieb, plötzlich zum Kündigungsgrund werden.

Soli aktuell bietet eine Übersicht über die häufigsten Problemfelder und ihre rechtlichen Hintergründe.

## Klauen verboten

Klauen geht nicht – das ist natürlich jedem klar. Nicht ganz so klar ist aber oft, wo der Diebstahl eigentlich anfängt: Eine stibitzt eine Briefmarke, einer den Keks vom Konferenztisch – ist das schon Diebstahl?

Es wird einem schnell bewusst, wie eng die Regeln ausgelegt werden, wenn man es sich einmal andersherum vorstellt: Der Arbeitgeber nimmt sich hier und da aus der Handtasche des Arbeitnehmers mal einen Stift oder einen Euro oder beißt vom Pausenbrot des Mitarbeiters ab. Das will man natürlich auf keinen Fall – und hier wird einem schnell klar, wie massiv der Vertrauensbruch eigentlich ist.

Und der Verlust an Vertrauen, den die Beziehung durch dieses Verhalten erleidet, ist oft das Hauptproblem: Abmahnung oder Kündigung erfolgen in solchen Fällen weniger wegen des – eher geringfügigen – Schadens. Es ist der Vertrauensbruch, mit dem der Arbeitgeber sogar eine Kündigung rechtfertigen kann.

Hier gilt es, ganz besonders aufzupassen: Auch wenn andere Kolleg/-innen sich anders verhalten – der Auszubildende sollte immer nachfragen, bevor er etwas an

sich nimmt, das dem Betrieb gehört.

Dies gilt übrigens gleichermaßen für normale Arbeitnehmer/-innen. So wurde kürzlich einem Mann gekündigt, weil er sein Handy regelmäßig am Arbeitsplatz aufgeladen hatte.

Auch wenn die Kündigung im anschließenden Kündigungsschutzverfahren wieder zurückgezogen wurde – das Beispiel zeigt, wie schnell man mit scheinbar üblichen und harmlosen Handlungen den Ausbildungsplatz in Gefahr bringen kann.

## Private Telefonate und E-Mails

In vielen Betrieben ist es gang und gäbe, dass die Angestellten zwischendrin ihre E-Mails anschauen oder kurz privat telefonieren, sei es mit dem eigenen Handy oder dem Firmentelefon. Den Firmen entsteht dabei oft kein Schaden, weil sie ohnehin Flakates haben. Trotzdem sollte sich ein Auszubildender nicht einfach beim Kollegen anschauen, wie diese Dinge gehandhabt werden: In Firmen gibt es formelle und informelle Hierarchien, und bestimmte Mitarbeiter/-innen haben sich Rechte und Privilegien erworben, die für andere nicht gelten.

Ganz wichtig: Die Erlaubnis, am Arbeitsplatz privat zu telefonieren oder zu mailen, beinhaltet nicht, dass man dies während der Arbeitszeit tun darf! Der Zeitaufwand muss von der Arbeitszeit abgezogen werden. Auf der sicheren Seite ist, wer alle privaten Angelegenheiten in seiner Pause erledigt.

## Trinkgeld und Geschenke

Hier kommt es natürlich stark auf die Branche an: In einem Hotel Trinkgeld anzunehmen ist normal, während dies in einer Behörde schnell kritisch werden kann.

Grundsätzlich gehört ein Trinkgeld immer der Person, die es erhält, denn es ist ja für die besondere Leistung gedacht, die diese Person erbracht hat. In einem Umfeld, in dem Trinkgelder üblich sind, darf der Auszubildende das Trinkgeld also behalten.

Anders sieht es aus, wenn die Gabe von Trinkgeld als Bestechungsversuch gewertet werden kann. Hier sollte sich auch ein Auszubildender fragen, ob er durch die Annahme von Geschenken vielleicht in eine unangenehme Situation gerät. Im Zweifelsfall sollte er immer den Ausbilder fragen.

Aus rechtlicher Sicht gilt außerdem bei der Annahme von Geschenken: Es gibt eine Bagatellgrenze. Geschenke mit weniger Wert als fünf Euro darf der Auszubildende behalten. Wenn der Wert höher ist, sollte der Azubi unbedingt mit dem Ausbilder oder Vorgesetzten sprechen.



Termin bei Dr. Azubi.  
Mit Julia Müller

## Geschäftsgeheimnisse – sind geheim

Ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis – was ist das? Grundsätzlich gilt: Sie sind Wissen, das nur einem bestimmten Personenkreis bekannt ist.

Klassische Betriebsgeheimnisse sind Kundenlisten, Rezepte oder geplante neue Projekte. Auch für Auszubildende gilt laut § 13 Berufsbildungsgesetz, dass sie solche und andere Betriebsgeheimnisse für sich behalten müssen.

## Schlecht über andere reden

Jeder Auszubildende ist gut beraten, nicht schlecht über Kolleg/-innen, Ausbilder/-innen und Vorgesetzte zu sprechen. Direkte Beschimpfungen des Chefs oder Beleidigungen können eine Abmahnung und im wiederholten Fall auch die fristlose Kündigung nach sich ziehen. Ein Azubi sollte es nicht laut aussprechen, wenn er seinen Vorgesetzten für einen Idioten hält.

Dasselbe gilt bei den Kolleg/-innen. Vorgesetzte haben den Mitarbeiter/-innen gegenüber Fürsorgepflichten – und müssen dafür sorgen, dass keiner am Arbeitsplatz beleidigt oder diskriminiert wird. So müssen sie gegen Mitarbeiter/-innen vorgehen, die respektlose Bemerkungen über ihre Kolleg/-innen machen. Auch hier droht Abmahnung oder fristlose Kündigung.

## Nebenjob ausüben

Azubis dürfen einen Nebenjob ausüben – müssen sich diesen jedoch genehmigen lassen. Der Betrieb darf aber die Ausübung nur dann verbieten, wenn er der Ausbildung schadet. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn der Azubi durch den Nebenjob überbelastet ist und am Ausbildungsplatz unkonzentriert arbeitet. Außerdem darf niemand für einen Konkurrenzbetrieb arbeiten.

Bei Minderjährigen kommt eine weitere Beschäftigung oft nicht in Frage, da sie maximal 40 Stunden in der Woche arbeiten dürfen – und somit keine Zeit für einen Nebenjob bleibt. Auch volljährigen Auszubildenden sind durch das Arbeitszeitgesetz enge Grenzen gesetzt. [S](#)

**Auf der sicheren Seite ist, wer alle privaten Angelegenheiten in der Pause erledigt.**

# Ein ganz besonderer Rundgang

**Die DGB-Jugend Mittelhessen bietet antifaschistische Stadtführungen in Gießen an.**

Im Sommer 1989 gab die DGB-Jugend Mittelhessen den antifaschistischen Stadtführer für Gießen heraus. Ziel war es, insbesondere jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich mit der Geschichte dieser Gegend auseinanderzusetzen, Lehren zu ziehen, um nie wieder die Fehler der Vergangenheit machen zu müssen.

Diese Broschüre war vor allem ein Leitfaden für Gruppenführungen, um in der Stadt Gießen die Spuren des Aufstiegs und Falls des Nationalsozialismus sowie des antifaschistischen Widerstandes zwischen 1933 und 1945 aufzuzeigen zu können. Hiervon wurde Anfang der neunziger Jahre auch rege Gebrauch gemacht – Führungen von Schulklassen, Jugendgruppen, Delegationen und frei ausgeschriebene Angebote gehörten zum Repertoire.

Diese Angebote werden im Zuge der Neuaufgabe des Stadtführers durch den DGB Mittelhessen wiederbelebt: Ab dem 1. April 2010 bietet die DGB-Jugend nun wieder solche Führungen an. Der Antifaschistische Stadtführer umfasst 26 Stationen der faschistischen Gewaltherrschaft in Gießen und bildet die Grundlage für die zwölfjährige Zeitreise zwischen 1933 und 1945.

**Der zunehmende zeitliche Abstand zu den Ereignissen des Nationalsozialismus...**

»Der Anlass für die Erarbeitung des Stadtführers 1989 war der aufkeimende Neofaschismus und der 50. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf Polen am 1. September 1939«, sagt Max Fuhrmann, DGB-Jugendbildungsreferent in Hessen.

20 Jahre danach könne von einer Schwächung der extremen Rechten nicht die Rede sein. Der zunehmende zeitliche Abstand zu den Ereignissen des Nationalsozialismus und die veränderten Erinnerungsdiskurse in einem wiedervereinigten Deutschland haben zudem die Rahmenbedingungen für eine antifaschistische Bildungs- und Aufklärungsarbeit verändert. Dem wird auch in der nun neu aufgelegten und stark überarbeiteten Auflage des antifaschistischen

Stadtführers Beachtung geschenkt – insbesondere, warum 1933 die Eliten aus Wirtschaft, Militär, Politik und Medien der

NSDAP und Adolf Hitler den Weg zur Macht politisch und finanziell eröffneten, warum nach der Machtübergabe am 30. Januar 1933 die Gleichschaltung des Staatsapparates und aller gesellschaftlichen Bereiche so schnell und reibungslos funktionierte und welche regionale Entwicklung die neofaschistische Szene Mittelhessens und ihrer Aktivitäten in den letzten 30 Jahren genommen hat.

**...hat die Rahmenbedingungen für eine antifaschistische Aufklärungsarbeit verändert.**



»Unser zentrales Anliegen bleibt, mit der Erinnerungsarbeit ein Geschichtsbesusstsein zu vermitteln, das befähigt, Schlüsse über gesellschaftliche und politische Fehlentwicklungen zu ziehen, deren Auswirkungen in der Vergangenheit zu begreifen und daraus Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen«, sagt Fuhrmann. ☐

Infos: DGB-Jugend Mittelhessen, Walltorstraße 17d, 35390 Gießen, Tel.: 0641 / 93 27 80, [www.region-mittelhessen.dgb.de](http://www.region-mittelhessen.dgb.de)

## KURZ UND KLEIN

### Aktivposten

☐ Die **DGB-Jugend NRW** ist schwer eingespannt mit ihrer Initiative »Bildungsperspektive« – es gibt viele Terminen und Veranstaltungen. Denn bald ist Landtagswahl, und die DGB-Jugend sammelt im Vorfeld die Forderungen der jungen Generation. Schon jetzt ist aber klar: Schüler/-innen, Studierende und Auszubildende wollen eine andere Bildungspolitik – im Klartext: Schule für alle, Rücknahme der Schulzeitverkürzung, Abschaffung der Studiengebühren, Reform des Bachelor-Master-Systems, Verbesserung der Ausbildungsqualität an Berufskollegs und mehr Übernahmen für Ausgelernte in Beschäftigung.

Ab geht's auf <http://bildungsperspektive-nrw.de>

☐ Die **DGB-Jugend West** bietet vom 9. bis 11. April 2010 das gewerkschaftspolitische Grundlagenseminar »Solidarity – Wer, wenn nicht wir?« an. Es richtet sich an Neumitglieder und an

alle, die genauer wissen wollen, was Gewerkschaften tun, und wie sie aktiv werden können.

Anmeldung und Info: DGB-Jugend West, Daniel Hard, Tel.: 061 31 / 28 16 28, E-Mail: [daniel.hard@dgb.de](mailto:daniel.hard@dgb.de), [www.dgb-jugend-west.de](http://www.dgb-jugend-west.de)

☐ Die **DGB-Jugend Niedersachsen** kooperiert ab sofort mit der TU Braunschweig: Studierende können jetzt an Teamerschulungen der DGB-Jugend teilnehmen und dafür Leistungspunkte im Studium bekommen – ein ehrenamtliches Engagement, das das Studium nicht beeinträchtigt. Einziger Wermutstropfen: Auch Mittel aus Studiengebühren fließen in das Projekt. [www.tu-braunschweig.de/psychologie/abt/aos/news](http://www.tu-braunschweig.de/psychologie/abt/aos/news), [www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de](http://www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de)

☐ »Keine Azubi-Stiefkinder« fordert die **Transnet-Jugend** und will eine Nachwuchs-Offensive für die Berliner S-Bahn. Denn der droht ein »Azubi-Notstand«, konstatiert Florian Witte. Der Leiter der Transnet-Jugend Berlin übt hefti-

ge Kritik an den Plänen der Chefetage der S-Bahn Berlin GmbH, die in diesem Jahr lediglich 24 Auszubildende neu einstellen will. »Doppelt so viele werden gebraucht. Andernfalls steuert die S-Bahn fahrplanmäßig auf ein Personalproblem zu.«

Auch mit denen, die schon da sind, muss anders verfahren werden: »Denn Azubis werden wie Stiefkinder behandelt: Die S-Bahn will möglichst wenig von ihnen einstellen und sie nach der Ausbildung möglichst schnell wieder loswerden«, schimpft Witte. Er fordert eine Übernahmegarantie für Auszubildende, die ihre Abschlussprüfung erfolgreich bestanden haben.

**Soli aktuell meint:** Stiefkinder? Das kommt einem bekannt vor. Wenn es so weitergeht, kann die S-Bahn noch eine andere Nachwuchs-offensive starten – bei den Fahrgästen: Auch da will die S-Bahn möglichst wenig befördern. Oder zumindest schnellstmöglich wieder loswerden...

[www.transnet.org](http://www.transnet.org)

**AKTION DES MONATS**

Für sie wird gekämpft, gefilmt, Politik gemacht: die Finanztransaktionssteuer! Nachdem allein in Deutschland in kurzer Zeit mehr als 66.000 Leute eine entsprechende Petition an den Bundestag unterschrieben haben, folgt nun der nächste Streich der auch von der DGB-Jugend unterstützten Kampagne »Steuer gegen Armut«: Ein internationales Netzwerk sammelt Unterschriften für einen Offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs der G 20-Länder.

Mit dieser »Cyberaction« werden sie aufgefordert, für die Einführung einer Umsatzsteuer auf den Handel mit Finanzvermögen zu sorgen. Der DGB hat dazu brandaktuell eine Broschüre veröffentlicht. Zur Unterstützung der Kampagne wurde auch ein Kurzfilm gedreht – mit Heike Makatsch und Jan Joseph Liefers. Und der wurde sogar auf der Berlinale uraufgeführt!

Alle Infos zur Aktion: [www.steueregegenarmut.de](http://www.steueregegenarmut.de)

Die neue DGB-Broschüre »Aus der Krise lernen – Finanztransaktionen besteuern«: [www.dgb.de/2010/02/akut\\_finanztransaktionssteuer.pdf](http://www.dgb.de/2010/02/akut_finanztransaktionssteuer.pdf)

**+ Kino 1:** Der Film »Friedenschlag« erzählt die Geschichte fünf junger Männer im Alter zwischen 16 und 20 Jahren, die klauen, kiffen und Leute verprügeln. Sie sind orientierungslos und gewaltbereit. Letzter Ausweg: Sie nehmen am Programm der »Work and Box Company« teil... Ein höchst inspirierender Dokumentarfilm.  
»Friedenschlag«. D 2010. Regie: Gerardo Milsztein. Start: 15. April 2010

**+ Kino 2:** Marta ist jung, schön und hat soeben sehr erfolgreich ihr Philosophiestudium abgeschlossen. Nun hat sie Probleme, einen Job zu finden. Bis sie Sonia kennenlernt – und die vermittelt ihr eine Anstellung im Call-Center. Marta erweist sich als besonders fähig, alten Leuten sinnloses Zeug zu vermitteln. Ein Gewerkschaftsaktivist weckt ihr Bewusstsein – nicht nur, aber auch fürs politische Engagement. Bissige Satire auf neue und neueste Arbeitsverhältnisse.



»Das ganze Leben liegt vor dir«. I 2008. Regie: Paolo Virzì. Darsteller/-innen: Isabelle Ragonese u.a. Start: 18. März 2010

**+ Betriebsratswahlen** – mit einem neuen Internetauftritt hat der DGB seine Dachkampagne zur Mitbestimmung gestartet. Dort findet man Informationen über die betriebliche Mitbestimmung und die Wahlen, die bundesweit bis Ende Mai 2010 stattfinden.

[www.mitbestimmt.de](http://www.mitbestimmt.de)

**IMPRESSUM**

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:

Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:

DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030/240 60 172, Fax: -409

E-Mail:

[jkiontke@web.de](mailto:jkiontke@web.de)

Internet:

[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

Druck:

PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:

Jürgen Kiontke

Grafik:

Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:

Daniela Linke, Tel.: 030/240 60 166, E-Mail: [daniela.linke@dgb.de](mailto:daniela.linke@dgb.de)

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

**HATTINGEN – SEMINARE**

**Was ist Organizing?** Über Organizing wird in allen Gewerkschaften diskutiert. Aber woher stammt der Begriff? Was bedeutet es überhaupt in der Organisation? Diese und weitere Fragen sollen im Seminar gemeinsam diskutiert werden. »Wir machen einen Sprung zurück und schauen uns die Ursprünge des Organizing-Modells in den USA an«, sagt DGB-Bildungsreferentin Astrid Henn. »Außerdem werden wir über die Beweggründe sprechen, warum deutsche Gewerkschaften diese Strategie anwenden.« Darüber hinaus werden Beispiele erfolgreicher Organizing-Kampagnen in der Bundesrepublik vorgestellt und diskutiert.

16. bis 18. April 2010. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode: ORG1 610278927

**Schöner leben ohne Nazis:** Die DGB-Jugend hat eine Multimedia-DVD zum Thema Rechtsextremismus entwickelt – und deren Inhalte sind Thema dieses Einführungsseminars. Es geht um Informationen für Interessenvertretungen an Schulen, Berufsschulen und Betrieben, wie und wo den Rechten begegnet werden kann und muss. Es gibt Tipps und Tricks im Umgang mit der DVD und wie man sie auf der JAV-Versammlung, bei Schülertreffen oder in Jugendgremien vorstellen und effektiv einbauen kann.

23. bis 25. April 2010. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode SLN1 610278936

Anmeldungen: [www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)

**Abo-Coupon**

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den  
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend  
Soli aktuell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin



Ich möchte monatlich \_\_\_ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	